

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungshändlern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang

Dresden, Freitag den 8. Mai 1931

Nummer 83

## Arbeitermörder Kollak frei!

### Klassenurteile gegen KPD- und SPD-Proleten

Neue Uebertritte von SPD-Arbeitern und SA-Leuten zur Kommunistischen Partei Deutschlands!

Berlin, 8. Mai. (Eig. Draht.)

Die Strafkammer des Landgerichts Berlin hat gestern den nationalsozialistischen Nordbuben, Kollak, der gemeinsam mit drei anderen SA-Leuten die sozialdemokratischen Arbeiter Willi Schneider und Herbert Graf tötete, auf freien Fuß gesetzt. Wie die Berliner Blätter melden, wurde der Mörder gestern abend in einem Verleumdungsfall der Nazis von seinen Kumpanen kühnlich begünstigt. Hatte schon der Nazi-Mord die größte Empörung zur Folge, so hat jetzt die Freilassung des Mörders wie eine Bombe eingeschlagen. Der ungeheure Unrechtsfall hat eine gewaltige Erregung unter der Arbeiterschaft in Berlin hervorgerufen und wird sich ohne Zweifel auf die ganze Arbeiterschaft im Reich übertragen.

Als Ergänzung liegen heute die folgenden, nicht weniger empörenden Meldungen über das Treiben der Klassenjustiz vor:

Ein ungeheures Klassenurteil gegen Reichsbannerarbeiter fällt das Schöffengericht Neumünster. Die Berufs-

klagen gegen die Brüning- und Schick-Diktatur, gegen Faschismus und faschistische Klassenjustiz!

Saarbrücken, den 7. Mai 1931. Der Reichsbannerarbeiter Hugo Groß in Erbach (Saargebiet), der dem Volkskampf gegen den Faschismus als Delegierter beimohnt, hat die einzige richtige Konsequenz gezogen und ist aus dem Reichsbanner Schwarzrotgold ausgestiegen und der roten Front beigetreten.

Zweifellos, den 6. Mai 1931. Der Führer der Heiligen Sturmmehrung der KPD, Karl Konrad hat an die kommunistische Arbeiterzeitung einen Brief gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der KPD bekanntgibt.

### Keine Pressefreiheit!

Nach dem Verbot der roten Fahne durch SPD-Gezetz wurde heute wegen des gleichen Artikels unter Leipziger Federführung, die Sächsische Arbeiterzeitung von der Polizei SPD-Zielhüter für zwei Wochen verboten.

Am demselben Tage, da das Zentralorgan der kommunistischen Partei, die Berliner „Rote Fahne“, durch das ungeheuerliche Verbot Gesetztes für vierzehn Tage mundtot gemacht wurde, hat bekanntlich die SPD, die von der kommunistischen Reichstagsfraktion geforderte Einberufung des Reichstags im Westfalen rot verweigert. Das sagt genug!

Das Verbot hat in der Tat eine erschütternde Wirkung. Nicht für die kommunistische Partei, die durch seine Verbote und anmaßenden Kontrollmaßnahmen sich dazu erziehen läßt, die gegen das wertvolle Volk in diesen Wochen begangenen Verbrechen zu verschweigen oder zu beschönigen. Der erschütternde Wert dieses Verbots liegt darin, daß es besser als lange Abhandlungen der Massen die Tatsache demonstriert: es gibt keine Pressefreiheit, es gibt keine freie Meinungsäußerung!

Die herrschende Klasse täuscht sich, wenn sie glaubt, daß ihre Gewaltmaßnahmen auf allen Gebieten ohne Echo im Volk bleiben. Heute wissen bereits Millionen, die bisher noch davon ge-

## Meißner Jungsozialisten aufgelöst

Kampf gegen Edel und Dobbert / Uebertritte von SA'lern zum KPD

Die Ortsgruppe Meißner der Jungsozialisten hat ihre Auflösung beschlossen, da sie sich nicht dem Diktat des Parteiführers Edel und des Vorgesetzten Edel unterwerfen will. Sie sah folgende Entschliessung:

„Durch Beschluß des Vorstandes des Bezirks Ostsachsen und des Ortsvereinsverbandes Meißner der SPD können die Jungsozialistengruppen ihre Veranstaltungen, Themen und Referate hierzu nur mit Zustimmung der Partei abgeben. Das bedeutet die Aufhebung der Selbständigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Jungsozialistengruppen über ihre Arbeit. Es wird dadurch die Fortführung der bisherigen innerparteilichen Bildungsarbeit unmöglich gemacht. Um zu verhindern, daß der Sinn und das Wesen der jungsozialistischen Bewegung verfallt und ihr guter Name mißbraucht wird, beschließt die Jungsozialistengruppe Meißner mit dem heutigen Tag ihre Auflösung.“

Dieser Schritt der Meißner jungen Sozialisten ist ein Symptom für den Grad der Empörung unter den bisherigen Anhängern der sogenannten „Sächsischen Linken“. Die jungen Arbeiter glaubten früher im Kampfe gegen den koalitions-lüsteren Dobbert, dessen Gefährdung ihm ein Reichstags-

mandat einbrachte, in Oskar Edel eine Stütze zu sehen. Die Enttarnung Edels und des gesamten sächsischen Bezirksverbandes als Weis-Agents hat sie zur Rebellion getrieben. Ihr ehrliches, aber vergebliches Streben, die in opportunistischem Sumpf versunkene Partei zu erneuern, hat sie zur Einsicht über die Unmöglichkeit der Linkenänderung der SPD gebracht und ihnen offenbar auch die Augen geöffnet über den wahren Charakter der sogenannten „linken“ Führer. So verständig ihr Schritt allen revolutionären Arbeitern auch sein wird, so unerlässlich ist es jedoch, sie aus das Unzulängliche, nicht völlig Konsequente ihres Handelns hinauszuweisen. Nachdem sie einmal erkannt haben, daß für junge, revolutionäre Sozialisten in der SPD kein Platz mehr ist, müssen sie auch die Konsequenzen ziehen und über die Auflösung der Gruppe hinaus den offenen Anschluß an die revolutionäre, marxistische Front Karl Liebknechts nachsuchen, durch Eintritt in die KPD und in den KJVD!

Vor der Dresdner arbeitenden Jugend freit heute 20 Uhr im Kuglerheim der ehemalige SA-Mitglied von Zwickau, Böll, über den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Jugend und ihren Weg zum KJVD.

## UGGK gibt sächsischen Arbeitern Brot

Aufträge für Stahlwerk Döhlen / DNR und DV propagieren Bruch mit UGK

Dresden, den 8. Mai.

Wie die bürgerlichen Blätter zu melden gezwungen sind, werke in Döhlen ihren Betrieb aufrechterhalten können, Wörtlich schreiben die Nachrichten: „Durch die Erteilung des Auftrages wird eine gewisse Gewähr für das Weiterbestehen der Werke gegeben.“

Die Meldung ist eine der besten Widerlegungen der niederträchtigen und truppelosen Kulandbehe, die im politischen Teil der gesamten bürgerlichen und SPD-Presse getrieben wird. Die Sowjetunion und ihr sozialistischer Aufbau beschäftigen jetzt schon viele tausende deutsche Arbeiter, die der verkäufende Kapitalismus zum Feiern zwingen würde.

Je harter diese Tatsache den deutschen Arbeitern vor die Augen tritt, desto wilder heist die Altpolit-Presse gegen die Sowjetunion. Frühling hat in einem Interview einem Neupolter Chefredakteur ausdrücklich die Mission seiner Regierung als Schammal gegen das kommunistische Russland und das kommunistische Deutschland erklärt. Die Presse greift dieses Stichwort in der ihr passenden Form auf, indem sie im Zusammenhang mit der Unterbindung der angeblichen „Werkspionage“ den Abbruch der Handelsbeziehungen mit Russland fordert. Allen voran sind wieder einmal die Dresdner Neuesten Nachrichten, die wohl die Absicht haben, die Empörung ihrer wertvollen Leser über ihre antihilfswirtschaftlichen Gemeinheiten zur Sache zu hegen. Dieses „demokratische“ Begehren bringt es fertig, folgendes zu schreiben: „Unser Waschbrettiges Amt getraut sich aus Angst, der „Juden nach Moskau“ Wanne abzuziehen, nicht, die

bekümmert sich die Nachricht, daß die Sächsischen Stahlwerke, nachdem sie einen größeren Sanierungsauftrag erhalten haben, Auftragsauftrag wird eine gewisse Gewähr für das Weiterbestehen der Werke gegeben.“

Die Meldung wiederholt die Aufforderung des Abbruchs der Kulandbeziehungen erinnert uns an die Enthüllungen Edels im „Jungsozialisten“ über die vom Franzosen Sauerwein, dem Chef der antihilfswirtschaftlichen Kampagne, betriebene „Aufklärungsarbeit“. Wertwürdigerweise haben gerade die Dresdner Neuesten Nachrichten bisher nichts über diese Enthüllungen gebrannt, noch weniger sich selbst dazu geäußert...

Einen lauberen Kumpan hat die bürgerliche Hehnpresse in der Dresdner Volkszeitung gefunden, die ohne jede Abgrenzung genau dieselben Verdächtigungen der Sowjetunion verbreitet wie die bürgerlichen Blätter. Die innerpolitischen Stützen Brünings haben den außenpolitischen antihilfswirtschaftlichen Kurs ebenfalls zu ihrem eigenen gemacht.

Der Front der Kulandverleumdungen, die von den Nazis über Brünning bis zu den SPD-Führern reicht, wird die Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Für sie ist die Sowjetunion kein „Feindstaat“, sondern ihr Vaterland!

Witten waren angeklagt wegen schweren Zusammenstoßes mit Stahlhelmkämpfern, die am 22. Februar in Brämstedt einen Reichsbannermann niederschlugen und schwer mißhandelt hatten. Als die Reichsbannerleute ihm zu Hilfe eilten, kam es zu einer schweren Schlägerei mit dem Stahlhelmer. Von den Reichsbannerleuten wurden nun 8 Arbeiter unter Auflage gestellt, von den Stahlhelmen nur einer! Das Gericht verurteilte 2 Reichsbannerleute zu je 3 Monaten Gefängnis, 2 weitere zu je 2 Monaten Gefängnis. Die Schuld des Stahlhelms war aber so offensichtlich, daß das Gericht den Stahlhelmann nicht ganz frei ausgehen lassen konnte. Er erhielt lebenslang nicht ganz frei ausgehen lassen konnte. Er erhielt nur 2 Wochen Gefängnis! Bewährungsfrist wurde den verurteilten Reichsbannerarbeitern nicht gewährt.

In dem Prozeß gegen 10 kommunistische Arbeiter und zwei Arbeiterfrauen vor dem Schöffengericht Spandau, die in Rauen wegen Zusammenstoßes mit der Polizei nach einer antisozialistischen Kundgebung verhaftet wurden, beantragte der Staatsanwalt weit über 100 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Genossen Rauh zu 2 Jahren Gefängnis, den Stadtverordneten Genossen Feus zu 7 Monaten Gefängnis, die Genossen Müller, Ranz und Kappel zu je 6 Monaten Gefängnis, den Genossen Heise zu einem Monat Gefängnis.

Diese Klassenjustiz steht im Zeichen der 4-18-Maßnahmen, die sie begleitet. Zur Ausplünderung und Niederkämpfung der Volksmassen gehören, innig verbunden, Vorkarab, Jäh, und Bestrafung, Pressenerbete, Terror und - Klassenurteile. Für diesen faschistischen Diktaturkurs und für die faschistische Diktatur Justiz ist nur die Brüning-Regierung, aber mit ihr ebenso die sie unterstützende SPD-Führung voll verantwortlich.

Das Gebot der Stunde ist die Formierung der roten Einheitsfront aller Arbeiter, mit der Partei, die allein den Faschismus bekämpft, mit der KPD. Das Gebot der Stunde ist das gemeinsame Vorgehen gegen Lohn- und Unter-

### Eisenbahner, wählt rote Liste!

Am 8. und 10. Mai soll bei der Reichsbahn durch die Verabschiedung der Eisenbahner durch Hungerlohn, Nationalisierung, Verleumdungen, die schändliche Anhebung der Eisenbahner durch das Dornmüller-System, für den Gegenangriff der Eisenbahner unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, in geschlossener Front zum Kampf für menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen, gegen das reaktionäre, von der KPD-Führung und den Faschisten gestützte Schandregime.

Eisenbahner! Wählt die rote Liste! Wählt die Eisenbahner an den Dienststellen an! Durch die Wahl der roten Listen müssen alle Dornmüller-Regulieren in die rote Agrarfront fallen, die unter Führung der KPD zu rufen zu einer gründlichen Abrechnung mit den Ausbeutern und ihren sozial- und nationalsozialistischen Kollaborateuren.

Wuf, für den Sieg der roten Listen am 8. und 10. Mai!